

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seite 2: Zur Person stellen wir Ihnen Kornelia Krüger vor, neu im Bezirk, aber nicht neu im politischen Aktivsein / Petra Pau (MdB): Unsere besondere Achtung

Seite 3: Die Natur vor unserer Haustür / Karl Marx und die Energiewende

Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / BVV beschließt über Bürgerhaushalt / Wahlprogramm der LINKEN beschlossen

Seite 5: Cornelia Reinauer aus Istanbul / Info aus Wahlkreis 1 / Ossi-Wessi-Thema auch bei der LINKEN?

Seite 6: Björn Tielebein: Blick ins Amt / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7: Rock für Links 2013 / Mission Umweltbildung zum Scheitern verurteilt?

Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine im Überblick / Hinten links

Volksbegehren besteht Feuerprobe

227 748 gültige Unterschriften tragen dem Anliegen Rechnung

Als der Berliner Energietisch in seiner Pressekonferenz am 11. Juni das vorläufige Ergebnis der eingereichten Unterschriften verkündete, lagen sowohl Jubel als auch Erleichterung in der Luft.

Ereignisreiche vier Monate liegen hinter den Aktivisten und so mancher hatte die Hoffnung zwischenzeitlich bereits aufgegeben. Doch auch wenn insbesondere das Wetter der Sammelphase zu Beginn der zweiten Stufe des Volksbegehrens nicht wohlgesinnt war, blieb die Stimmung entsprechend dem Anliegen der Rekommunalisierung des Berliner Stromverteilnetzes und der Gründung eines landeseigenen Stadtwerkes bis zum Ende hochspannend.

DIE LINKE, die das Volksbegehren von Beginn an unterstützte, setzte sich mit der Vorgabe, 50.000 Unterschriften beizusteuern, ein mutiges Ziel, das sie nur knapp verfehlte. Im Bezirk unterschrieben insgesamt 11.356 Bürgerinnen und Bürger für das Energie-Volksbegehren, was neben den Unterschriften, die im Bürgeramt getätigt wurden, maßgeblicher Erfolg unserer Mitglieder ist – an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für Euer Engagement!

Bei der Unterschriftensammlung blieb nichts unversucht: vom Sammeln im Bekanntenkreis über Standardarbeit auf der Straße bis hin zum Klingeln in den heimischen Wohnaufgängen oder umliegenden Hochhäusern – jede Aktion hat sich gelohnt und zum Erfolg des Volksbegehrens beigetragen.

Wie weiter nach der zweiten Stufe?

Nachdem am 25. Juni das offizielle Endergebnis im Amtsblatt von Berlin veröffentlicht wurde, welches das Mindestquorum

scheinlicher ist, dass, wie so oft, nichts dergleichen passiert.

Sollte der Senat den Volksentscheid nicht parallel zur Bundestagswahl stattfinden lassen,

wäre durch den damit verbundenen Rauschmiss von etwa 2 Millionen Euro Steuergeldern ein weiterer Punkt auf der rotschwarzen Skandal-Checkliste abgehakt.

Zudem würde die Entscheidung, den hart erkämpften Volksentscheid als Mittel direkter Demokratie nicht am Tag der höchsten Wahlbeteiligung



Junge Genossen beim Unterschriftensammeln am Eastgate in Marzahn.

Foto: J. Behrens

bei weitem überschreitet, muss der erzwungene Volksentscheid zwischen dem 15.09. und dem 03.11.2013 stattfinden. Das Parlament könnte den Vorschlag laut Berliner Verfassung aber auch „im Wesentlichen unverändert“ übernehmen oder einen eigenen Gesetzentwurf, der mindestens 60 Tage vor Durchführung des Volksentscheides eingereicht werden müsste, zur Wahl stellen. Wahr-

durchzuführen, jegliche demokratischen Spielregeln und den Willen von über 271.000 Berlinerinnen und Berlinern (Zahl der eingereichten, nicht der gültigen Unterschriften) in Frage stellen.

Doch wie auch immer der Senat entscheidet, so hat sich nicht nur das Volksbegehren in zweiter Instanz bewährt, sondern auch die Berliner LINKE gezeigt, dass sie keineswegs zu unterschätzen ist, geschlossen an einem Strang zieht und somit die Feuerprobe für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf bestanden hat!

Janine Behrens

DIE LINKE.

Zur Person: Kornelia Krüger

Das Herz schlägt links

Kornelia Krüger, im Oktober aus Prenzlauer Berg nach Hellersdorf gezogen, besucht Veranstaltungen der LINKEN Marzahn-Hellersdorf in allen Stadtteilen. Und das trotz körperlicher Behinderung, meist zu Fuß mit Hilfe ihrer Gehstützen. Die Rente ist knapp und eine Fahrkarte gönnt sie sich nur selten. Sie läuft putzend, wie sie sagt. Naziaufkleber haben auf ihrer Wegstrecke keine Chance!

Kornelia stammt aus Werder an der Havel und wuchs in einer kommunistisch orientierten Familie auf. Nach der Berufsausbildung mit Abitur begann sie ein Studium an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Aus gesundheitlichen Gründen konnte sie es nicht beenden und bekam eine Stelle als Lehrausbilderin bei der Deutschen Post. Dabei war sie ihren Schülerinnen und Schülern nur immer um einen Tag voraus. Später absolvierte sie ein Fernstudium als Ingenieurpädagogin in der Fachrichtung Elektronik/Elektrotechnik.

In Werder hat sie bis zur Wende beim Rat der Stadt sozialpädagogische Arbeit geleistet.

Eine Ausbildung zur Reiseverkehrsfrau beendete die kurze Arbeitslosigkeit. Doch im Reisebüro fand sich langfristig keine Anstellung. So fand die nie Aufgebende zur Pädagogik zurück und war als Streetworkerin und Schulsozialarbeiterin tätig, untermauert von einer

Fortbildung im Bereich Sozialpädagogik. Das Wissen, so sagt sie, kann ihr keiner mehr nehmen! Politisch war Kornelia im Kreisvorstand Potsdam der PDS aktiv. Nach einer Rede als Kandidatin für den Kreistag wurde sie Opfer eines politischen motivierten Überfalls. 1997 kam die Berentung.

Seit sie in Marzahn-Hellersdorf lebt, geht es ihr durch ehrenamtliche und politische Arbeit wieder gut. Hier erfährt sie Anerkennung! Sie hat sich zunächst in den Stadtteilen umgesehen und jetzt in ihrem Umfeld ihre Heimat gefunden. Wie in vielen anderen, ist der Kreis der Aktiven auch in ihrer Basisgruppe kleiner geworden. So ist auch Kornelia gedanklich mit der notwendigen Strukturreform beschäftigt. Regelmäßig besucht und betreut sie zwei alte Genossen, die nicht mehr kommen können. Soziales und politisches Engagement sind für die Genossin Krüger ein absolutes Muss! Dabei ist der Kampf gegen rassistisch denkende Menschen ein persönlicher Schwerpunkt, ebenso wie Solidarität mit Kuba und Chile.

Viel Spaß hat ihr die Unterschriftenaktion zum Volksbegehren Energie gemacht. Auch bei „Rock gegen Rechts“ ist sie am Stand dabei.

Ihr 12-jähriger Enkel begleitet sie häufig zu politischen Veranstaltungen und transportiert linkes Gedankengut in die Schule.



Kornelia Krüger war bei der Tomatenpflanzenverteil-/Unterschriftensammelaktion eine der ganz Aktiven. Foto: O. Schmidt

Petra Pau (MdB): Unsere besondere Achtung

Am 3. September wird dieser Bundestag – voraussichtlich – zum letzten Mal im Plenum tagen. Er könnte dies auch lassen. Aber in den Wahlkampfplänen von CDU/CSU und SPD ist der Termin fest verankert. Debattiert wird dann über den Bundeshaushalt 2014, also über alles oder nichts.

Um alles, denn beim Geld hört bekanntlich die Freundschaft auf. Um nichts, denn für die künftigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes ist der auslaufende Bundestag nicht mehr zuständig. Dennoch werden sich die Spitzen aller Fraktionen fetzen und um Stimmen für ihre Parteien buhlen.

Noch eine zweite Debatte steht auf der finalen Tagesordnung. Seit Wochen werben wir Obleute aus dem Untersuchungsausschuss zum NSU-Nazi-Mord-Desaster darum, dass sie nicht zum Wahlkampfgetümmel verkommt. Es geht um den Abschlussbericht zu unseren Ermittlungen.

Zur Überraschung vieler, auch der Medien, haben wir - von CDU bis zur LINKEN - bislang 16 Monate lang sachlich gearbeitet, zielstrebig und miteinander. Das hat es in der Geschichte des Deutschen Bundestages so noch nie gegeben. Noch ist dieses Novum eine Ausnahme. Aber ich war dabei und stets dafür.

„Bei menschenfeindlichen Themen, wie Rechtsextremismus, sollten Demokraten aller Couleur immer das Gemeinsame im Trennenden suchen und nicht das Trennende im

Gemeinsamen.“ Das habe ich Anfang Juni im Plenum des Bundestages erneut angemahnt. Anlass war: DIE LINKE wurde bei einem Antrag „Antisemitismus bekämpfen, jüdischen Leben stärken“ erneut ausgegrenzt, auf Geheiß der CDU/CSU, aus Prinzip. Schlimmer ist: SPD und Grüne machten dieses Trauerspiel mit. Sie ließen sich parteipolitisch ver-

Ausflug in eine fast vergangene Zeit

Die diesjährige Exkursion führte Mitglieder und Freunde des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf e.V. in die erste sozialistische Stadt Deutschlands.

Die Rede ist von Eisenhüttenstadt, einer Stadt, die nicht historisch wuchs, sondern deren Bau 1951 als Wohnstadt des EKO-Stahlwerkes begann. Dieses trägt heute den Namen Arcelor-Mittal und ist Dank der Investitionen eines großen Konzerns noch immer der größte Arbeitgeber der Stadt. Nach der Verwandlung zur „Blue-man-group“ besichtigten die Ausflügler das faszinierende Warmwalzlager, siehe Foto rechts.

Außerdem auf dem Programm der Besuch des Dokumentationszentrums DDR-Alltagskultur. Die ausgestellten Produkte erinnerten viele an ihre Jugend in der

Durch ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten im SOS-Familienzentrum Hellersdorf, im kulturellen Zentrum der „Grünen Mitte“, vor allem im Literaturklub, in Frauenzentren und Bibliotheken wirkt Genossin Krüger als unermüdliche Multiplikatorin!

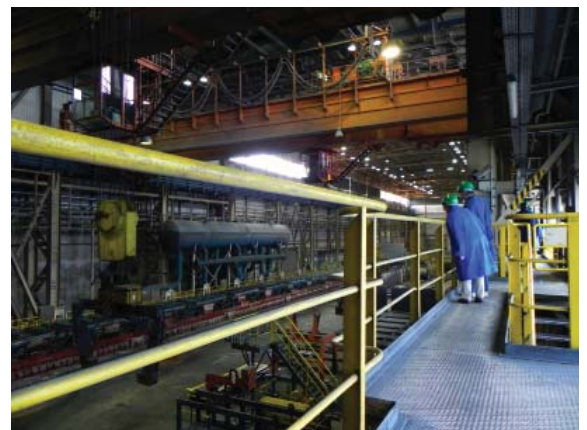
Sabine Behrens

einnahmen, wider besseres Wissen.

Zurück zum NSU-Debakel: Die abschließende Plenardebatte wird nun voraussichtlich am 2. September stattfinden, also einen Tag vor der medialen Wahlkampfschlacht. Wir wollen dazu Betroffene und Angehörige der Opfer einladen. Ihnen gebührt unsere Achtung besonders, wem sonst?

DDR-Familie, eine weitere wissenschaftliche Aufarbeitung wäre zu begrüßen. Interessante Einblicke in die Architekturgeschichte der Stadt bot eine informative Stadtführung durch die Wohnquartiere I und II. In Eisenhüttenstadt wohnt man nämlich nicht in Straßen.

Sabine Behrens (Text und Foto)



Besondere Stadtteilspaziergänge

„Die Natur vor unserer Haustür“

Am 14. Mai folgten einige Interessierte, darunter auch Kinder, der Einladung zum Stadtteilspaziergang rund um den Schleipfuhl in Hellersdorf-Ost. Der Leiter des Naturschutzzentrums, Steffen Gierrth, führte durch das Haus und anschließend durch das Gebiet um das „Flächennaturdenkmal“. Die Eröffnung des Naturschutzzentrums am Schleipfuhl im November 1996 war seinerzeit ein Höhepunkt der ökologischen Stadtentwicklung und bei den Bemühungen um den Prozess der Lokalen Agenda 21 im damaligen Bezirk Hellersdorf. Es war damals weit und breit das erste Niedrigenergiehaus, aus Holz und anderen Naturmaterialien, Photovoltaik, Windrad und Regenwassersammelanlage, inzwischen ist auch

der Kräutergarten ums Haus beachtlich. Als „Kompetenzzentrum für Umweltbildung und



Stadtteilspaziergangs„erfinder“ Frank Beiersdorff (re.) mit dem Leiter des Naturschutzzentrums Steffen Gierrth. Foto J. Behrens

Naturschutz“ bietet man interessante Veranstaltungen, für Kitas, Schulen, Senioren und andere. Die „Kids“ auf unserem Rundgang waren vor allem von den Tierpräparaten fasziniert. Es ist nun mal Programm des Hauses, Menschen der Großstadt die Natur aus der

Nähe erfahrbar zu machen. Und so trafen wir, nachdem wir den inzwischen fast trockenen Feldweiher passiert hatten, am Schleipfuhl auf Enten und Rallen, die mit ihren Jungen am Ufer auf fütternde Menschen warteten. Das man das nicht tun sollte (schon gar nicht mit Brot!), ist einer der Erkenntnisse, die zur Umweltbildung gehören, die man hier erfahren kann.

Im Hintergrund hörte man das Zetern der Teichrohrsänger. Um mehrere der hier anwesenden 28 Vogelarten zu belauschen zu können, empfiehlt sich wohl aber eher ein Frühlingmorgen denn ein Sommernachmittag. Etwas Besonderes stand noch zum Schluss des Rundgangs auf dem Programm – auf einer Kita-Rückbaufläche nebenan entstand und wächst eine Streuobstwiese, und man kann sogar über diese und weitere vom Verein betreute Obstbäume bei Malchow eine Patenschaft übernehmen – und in einigen Jahren tatsächlich Äpfel oder Kirschen erhalten ... Am 31. August wollen wir die KGA Am Fuchsberg in Biesdorf-Süd mit einem „besonderen Kräutergarten“ besuchen.

Frank Beiersdorff

Der nächste Stadtteilspaziergang wird am 31. August stattfinden: 10 Uhr Führung in der KGA Am Fuchsberg in Biesdorf-Süd, Alfelder Straße, 12683 Berlin mit einem „besonderen Kräutergarten“ mit Gartenfachberater Dr. Rainer Sermann

Karl Marx und die Energiewende

Elmar Altvater – eine Institution unter den marxistischen Ökonomen, war Gast im „Linken Treff“. Sein politisches Credo, so war zu hören: Energiewende und gesellschaftliche Umbrüche sind zwei Seiten einer Medaille. Das ist großartig theoretisch und praktisch aus dem Leben unterlegt. Eine Energiepolitik, die die Menschheit bewahrt, bedarf einer Gesellschaft, in der Profit nicht mehr die entscheidende Triebkraft für das Handeln der Menschen ist.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, die Moderatorin der Veranstaltung, sprach zu Beginn von der Ratlosigkeit, mit der man im Allgemeinen den Forderungen nach einer Energiewende gegenübersteht, vor allem nach dem WIE gegenüber der Übermacht der großen Energiekonzerne. Im Dialog mit den Teilnehmern entwickelte der kundige Gast seine Argumente. Die Energiewende ist notwendig, die Ressourcen sind endlich, die Treibhausgase wachsen stetig. Dieser Erkenntnis entziehen

sich selbst Vertreter des Großkapitals nicht. Die Lösungen, die von dort angeboten werden, sind allerdings halbherzig und zielen nicht auf eine generelle Umkehr in Energieerzeugung und -verbrauch, denn kapitalistisches Wachstum und Profitmaximierung stehen nicht zur Disposition. Es gibt die Wissenschaftler, die mit Aussagen, wie – alles halb so schlimm, man muss sich nur an das veränderte Klima anpassen – Gegner um sich scharen, nötige Veränderungen bei Produktion und Verbrauch hinauszögern und so immer wieder neue Möglichkeiten für Profit finden. Zum einen ist die Abschaltung der Kraftwerke auf Kohlebasis oder Atomenergie darum so schwierig, da aus dieser Investition erst nach der Amortisation der Gewinn so richtig sprudelt. Zum anderen hat sich inzwischen eine Ökoindustrie etabliert, die der Theorie des konstanten Kapitals Rechnung trägt. Innerhalb des kapitalistischen Systems wird es keine Anstrengung geben, die Machtpositionen des fossilen Kapitalismus, des Großkapitals und der Banken gefährdeten. Auch Green-Economy ist keine Idee für Ökologie und Nachhaltigkeit. „Grüner Kapitalismus“ ist ein Widerspruch in sich, denn Kapitalismus ist „schwarz“, sagte Elmar Altvater.

Eine wirkliche Energiewende geht nur global und lokal und ohne Kompromiss – und darum

nur mit der LINKEN. Dafür braucht es Mehrheiten und Alternativen.

Die Diskussion war anregend und hat Mut gemacht, nicht nachzulassen in den praktischen sozialen Kämpfen für Alternativen. Die Berliner LINKE ist mittendrin.

Sabine Schwarz



Das Volksbegehren für eine „Neue Energie für Berlin“ ist auf den Weg gebracht. Auch Marzahn-Hellersdorfer waren beim Unterschriftensammeln aktiv dabei.

Foto: S. Schwarz

Das Gespräch fand am 5. Juni 2013 statt, organisiert von der AG Politische Bildung. Prof. Altvater, ein hervorragender Marx-Kenner, hatte eine Professur an der Freien Universität. Er ist bei attac aktiv und seit 2007 Mitglied der LINKEN.

Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

In den Basisorganisationen ist die Mitteilung schon offiziell angekommen: Der Bezirksvorstand hat die 1. Tagung der 4. Hauptversammlung für den 16. November 2013 einberufen. Das bedeutet, dass die „Amtszeit“ der gegenwärtigen 3. Hauptversammlung und damit auch des derzeitigen Bezirksvorstandes endet. Und es bedeutet folglich auch, dass die Delegierten für die 4. Hauptversammlung zu wählen sind. Entsprechend der von der 1. Hauptversammlung beschlossenen Bezirkssatzung hat der Bezirksvorstand den Delegiertenschlüssel festgelegt, danach sind in den Basisorganisationen beziehungsweise Wahlgemeinschaften insgesamt 100 Delegierte zu wählen. Und es wäre sehr wünschenswert, wenn diese Zahl wirklich voll ausgeschöpft wird, schließlich ist die Hauptversammlung das höchste Gremium der LINKEN im Bezirk. Die Delegierten müssen bis zum 27. September 2013 gewählt sein. Natürlich wünscht sich der Bezirksvorstand, dass sich möglichst viele Mitglieder der LINKEN an der Wahl der Delegierten beteiligen und auch selbst kandidieren. Aber wir wissen, dass das nicht in allen BO oder Wahlgemeinschaften so gut klappt – deshalb zur Sicherheit: Wenn zur Wahlversammlung alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden, ist die Versammlung in jedem Fall beschlussfähig, unabhängig davon, wie viele

BVV beschließt über Bürgerhaushalt

Mit der Einwohnerversammlung zur Frauensporthalle befasste sich die BVV in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause in Form einer Anfrage der Piraten und gleich zu Beginn der Sitzung mit einer persönlichen Erklärung eines SPD-Verordneten. Eine Bürgeranfrage konnte leider nicht mehr beantwortet werden. Der SPD-Vertreter am Anfang und der Bezirksbürgermeister später beschuldigten die Initiatoren und Initiatorinnen der Versammlung und ebenso DIE LINKE, einen schlechten Stil zu pflegen, inhaltlich gäbe es trotz der geäußerten massiven Kritik an seinen Plänen keine neuen Erkenntnisse. Doch der Bürgermeister verschwieg: SPD, CDU und Bündnis-Grüne haben sich entschlossen, Tatsachen zu schaffen, ohne einen ernsthaften Bürgerdialog und vor allem Beteiligung anzubieten. Viele Menschen sind sauer, dass Kritik an der Standortentscheidung seit Wochen und Monaten ignoriert wird, Alternativen offenbar nicht diskutiert werden sollen. Dass es tatsächlich Einwohner_innen unseres Bezirks gibt, die eigenständig Kritik am Bezirksamtshandeln haben, scheint für die SPD völlig ausgeschlossen, anders lassen sich die Ausführungen des Bürgermeisters nicht deuten. Vertreter_innen der LINKEN haben seit Beginn der Standortdiskussion und ebenso auf der Einwohnerversammlung für einen Kompromiss geworben und hierzu konkrete Vorschläge gemacht. Doch bisher gab es seitens des Bezirksamtes keinerlei Interesse, mit der LINKEN oder der Bürgerinitiative über Kom-

Mitglieder tatsächlich erschienen sind. Angesichts der Größe und der Struktur unserer Basisorganisationen kommt da aber noch eine Herausforderung auf uns zu: Nach dem Delegiertenschlüssel ergibt sich, dass fast alle BO oder Wahlgemeinschaften eine ungerade Anzahl von Mandaten zugewiesen erhalten. Das wiederum bedeutet nach der in der Satzung festgelegten Quotierung, dass deutlich mehr Genossinnen als Genossen als Delegierte gewählt werden. Wir meinen, dass wir viele aktive Genossinnen haben und diese Herausforderung meistern werden.

Aber natürlich: Vor diesen Terminen kommt erst mal noch ein anderer – die Bundestagswahl am 22. September 2013. Da konnte der Bezirksvorstand feststellen, dass sich die Gesamtmitgliederversammlungen insgesamt gut bewährt haben. Natürlich gibt es Unterschiede in der Art der Durchführung und auch in der Teilnahme, aber das ist wohl normal. Thematische Beratungen, Gespräche mit Abgeordneten und Bezirksverordneten, Organisation des Wahlkampfes und Austausch der besten Erfahrungen – die Versammlungen sollen vielfältig sein, wie es die Arbeit der LINKEN eben ist.

In den nächsten Wochen werden sich wohl viele Genossinnen und Genossen irgendwo erholen – dazu wünschen wir einen schönen Aufenthalt und erträgliche Temperaturen

promise zu sprechen.

Die BVV hatte sich im Besonderen den Bürgerhaushalt auf die Tagesordnung gesetzt. Empfehlungen zu 46 Vorschlägen aus den Stadtteilen des Bezirks standen im Paket zur Abstimmung. Über die sogenannte Konsensliste a – also Abstimmung ohne Aussprache – wurden zu Beginn diese und weitere begleitende Anträge aus den Ausschüssen zum Bürgerhaushalt mit großer Mehrheit aller Fraktionen beschlossen. Dabei wurde den priorisierten Vorschlägen weitestgehend gefolgt. Zusätzlich wurden Anträge des Ausschusses für Gleichstellung/Menschen mit Behinderungen für barrierefreie Schwimmbäder und einen Personenaufzug am U-Bhf. Elsterwerdaer Platz angenommen. Der Jugendhilfeausschuss unterstützte insbesondere die Forderung nach angemessenen Räumen für den Verein Vision e.V. Für Migrantenselbstorganisationen, wie es „Vision“ eine ist, wurde in Folge dessen ein Posten im Entwurf des neuen Bezirkshaushaltsplans eingerichtet. Der Schulausschuss forderte im Besonderen, den Bürgerhaushaltsvorschlag für neue Spielgeräte einer Grundschule zu berücksichtigen. Die eigentliche Vorlage zum Bürgerhaushalt wurde in dieser Sitzung nicht mehr behandelt, diese stand weit hinten auf der Tagesordnung.

Die Sitzung der BVV musste schließlich kurz vor 22 Uhr vorzeitig wegen einer Sturmwarnung beendet werden, damit alle Beteiligten sicher nach Hause kommen konnten.

Bjoern Tielebein

Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen! Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Am besten persönlich im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin (siehe Impressum). Gern senden wir eine Eintrittserklärung per Post zu.

(nach oben und unten). Und dann sind wir wirklich mitten im Wahlkampf. Und: Nach der Wahl ist vor der Wahl – 2014 wird das Europaparlament gewählt. **Bernd Preußer**

„100 % SOZIAL“!

So kurz wie auch eindeutig ist der Titel unseres Wahlprogramms. Über Inhalt, Debatte dazu, Konflikte und Kompromisse wurde viel geschrieben. Ich will aus Sicht eines Delegierten über eine Beobachtung schreiben. Aus allerhand Kreis- und Ortsverbänden gab es unzählige Änderungsanträge. Solche, die lediglich sprachlich verbessern oder einzelne bisher nicht bedachte Inhalte hinzufügen sollten, und eben jene



Änderungsanträge, die Konfliktlinien innerhalb der Partei neu aufwerfen und beurteilen sollten. Bei Ersteren hat der Dresdner Parteitag, wie ich finde, gute Ergebnisse erzielt und überall dort nachgebessert, wo ein breites Interesse aller Landesverbände bestand. Bei den letztgenannten Änderungsanschlüssen, hat sich der Parteitag zumeist auf die gefundenen Kompromisse unseres Erfurter Parteiprogramms berufen. Das macht aus meiner Sicht deutlich, dass eben dieses Parteiprogramm in Dresden begonnen hat, richtig zu leben. Was in Erfurt für manche noch unliebsamer Kompromiss war, ist nunmehr feste inhaltliche Grundlage unserer Partei. Und so gehen wir nicht nur mit einem toten Wahlprogramm in den Wahlkampf, sondern eben auch mit gemeinsamen Zielen für eine neue soziale Idee weit über die kommende Wahlperiode hinaus. Dies motiviert und wird helfen, dass DIE LINKE in Ost und West geschlossen für eine starke Fraktion im nächsten Bundestag streiten wird.

Bjoern Tielebein / Foto: privat

Cornelia Reinauer – aus Istanbul

Vor mehr als zehn Jahren war Cornelia Reinauer Sozialstadträtin in Marzahn, von 2002 bis 2006 Bürgermeisterin in Friedrichshain-Kreuzberg. Heute lebt sie in Istanbul. 2011 haben wir sie dort besucht und konnten miterleben, wie sie in das Leben der Stadt integriert ist und sich politisch engagiert – für die Kurden, für Frauen, für die Beziehungen zwischen Berlin und ihrer jetzigen Wahlheimat. Besorgt fragten wir deshalb vor einigen Tagen nach ihrem Befinden und erhielten am 17. Juni Antwort. Erika Maier

„Ihr Lieben, zuerst einmal die gute Nachricht, mir geht es gut, und ich wurde nicht verletzt, habe allerdings viel Gas eingeatmet in den letzten Tagen und bin momentan etwas erschöpft.

Dass ich mit meinen 60 Jahren nachts auf der Istiklalstraße mit jungen Menschen Straßenbarrikaden errichtet habe, kommt mir jetzt noch wie ein Traum vor! Fast zwei Wochen im Dauereinsatz: auf Demos gehen, die Menschen im Park mit Essen und Trinken versorgen, Freunde vor allem in Deutschland über facebook und twitter informieren, Hilfe leisten in unserer Wohnung für Verletzte auf unserer Straße.

Ich habe in meinem Leben noch niemals solch eine staatliche Gewalt, aber zugleich auch eine unglaubliche Solidarität unter den Menschen erlebt. Hier wurde in den letzten Tagen Geschichte geschrieben!

Zum ersten Mal haben sich alle, die mit der AKP-Regierung unzufrieden sind, an den Protesten beteiligt: Linke aller Couleur, Kemalisten, Nationalisten, Autonome, Kurden. Die Kurden allerdings nicht in Massen, schließlich verhandeln sie gerade mit der Regierung. Lesben, Schwule, Feministinnen, alle drei Fanblöcke gemeinsam mit den großen sich sonst unversöhnlich gegenüberstehenden Fußballmannschaften. Die Menschen haben einfach die zunehmende Bevormundung ihrer Lebensweise satt und widersetzen sich ei-

ner zunehmenden Islamisierung dieses Landes. Vor allem ist die gebildete Jugend dieses Landes aktiv geworden. Diese jungen Menschen, die noch nie auf die Straße gegangen und größtenteils sehr unpolitisch sind, sind der tragende Teil der Protestbewegung. Sie haben es nicht zugelassen, dass irgendeine Gruppe die Führung übernimmt. Im Park herrschte wirkliche Basisdemokratie, die mit Respekt, Toleranz und unglaublicher Solidarität gelebt wurde.

Gestern und vorgestern waren die schlimmsten Tage – die Räumung des Parks. Erdogan hat seine AKP-

Anhänger aus der ganzen Stadt mit Schiffen und Bussen zu seiner Großkundgebung gekarrt! Für den Rest der Bevölkerung war der Zugang zu unserer Seite gekappt. Schiffe, Busse und Metro fahren nicht, die Brücken wurden gesperrt – alles unglaublich. Und dennoch waren wir viele, aber wir wurden gnadenlos von der Polizei gejagt und hatten keine Chance, auf den Taxiplatz und die Istiklalstraße zu kommen.

Ihr könnt euch ja vorstellen, was in unserer Straße zeitweise los war.

Tränengaseinsatz immer wieder. Das Gas drang sogar durch unsere Fenster und wir mussten zeitweise mit Mundschutz im Wohnzimmer sitzen.

In den letzten zwei Tagen sind so viele Menschen verhaftet worden und keiner weiß, wo sie untergebracht wurden! Gestern Abend hat es dann nach der AKP-Kundgebung von den AKP-Anhängern erste Übergriffe auf die Protestierenden gegeben! Erdogan hat mit seiner Hassrede das



Cornelia Reinauer fotografiert das Geschehen in Istanbul.

Foto: privat

Land total gespalten, und ich habe noch keine Vorstellung, wie es weitergeht. Das alles interessiert aber Erdogan und seine Vasallen wenig. Sie finden immer noch einen unglaublichen Rückhalt bei der überwiegend armen, schlecht gebildeten und gläubigen Bevölkerung.

Aber dennoch – ich bin immer noch eine Optimistin!!!

Conny“

Ossi-Wessi-Thema auch bei der LINKEN?

Der Ost-West-Konflikt schwelt auch lange nach der Wende noch.

Die Ostdeutschen verfügen über gute Erfahrungen mit Umbrüchen. Ein Leben in der DDR, die Wende, aber auch, was Kapitalismus heute bedeutet. Leider werden ostdeutsche Biographien und Lebenserfahrungen oft pauschal diffamiert, ohne die eigentlichen Hintergründe zu kennen oder zu verstehen.

Ein großer Nachteil ist, dass Westdeutsche in der Summe kaum Möglichkeiten hatten, von der Wende zu profitieren. Im Gegenteil: Sie müssen den „Soli“ bezahlen, Aufbau Ost finanzieren usw., so die populäre These. Leider fördert die gegenwärtige Politik der Bundesregierung diese Meinungen noch. Erfahrungen, wie das international wegweisende Schulsystem, die Polikliniken sowie der Einsatz von Gemeindeschwestern usw., werden bisher kaum wertgeschätzt oder nur langsam neu entdeckt. Es ist und bleibt eine Lüge, dass die Wende nur kam, weil die DDR hoch verschuldet war. Tatsächlich betrug das Außenhandelsdefizit 37 Mrd. USD (BRD Stand 15.3.2013: 2,01 Billionen € Schulden). Es stimmt allerdings, dass die DDR u.a. eine Mangelwirtschaft aufwies. Interessant daran ist, dass sich ehemalige Generaldirektoren der Kombinate weigern zu behaupten, die geringere Arbeitsproduktivität sei der Grund für das Ende der Wirtschaft der DDR gewesen. Zurzeit werden diese Lebenserfahrungen der

Direktoren von Katrin Rohnstock aufgearbeitet, und wir hoffen dann auf einen neuen Blick auf dieses Thema.

Nach 23 Jahren Wiedervereinigung hat man nun auch in der BRD festgestellt, dass Kinder im Kindergartenalter besonders zu fördern sind. Dies wurde bereits 1988 in einer Studie vom DDR-Bildungsministerium festgestellt. Was für ein Zeitverlust.

Was ist also zu tun? Es sollte eine offene Diskussion zu diesem Thema stattfinden. Denn

Aus dem Wahlkreis 1 informiert: Politik von unten

Wolfgang Brauer hatte zu einer Informationsveranstaltung über den Status quo und Möglichkeiten der weiteren Entwicklung des Geländes der ehemaligen Allkauf-Fläche an der Märkischen Allee/Ecke Wuhletalstraße eingeladen. Eigentümer René Knöchel von der GFRK GmbH, Projektentwickler Harry Schleaf und Thomas Löschmann, Projektentwickler der REWE-Gruppe informierten über die Historie, den derzeitigen Stand und ihr Vorhaben. Geplant sind ein REWE-Center mit einer breiten Palette von teils regionalen Frischeangeboten, Drogerieangebot, gastronomischem Bereich und einigem mehr. Außerdem ist mit Lutz XXL ein Möbelmarkt, der auch Industriewaren führen wird, vorgesehen. Im Laufe der Diskussion, in der Fragen ge-

nur so lassen sich die Vorurteile beseitigen. Wie lange wird es das Thema noch geben? Ich schätze, es dauert noch einige Generationen. Ein guter Auftakt fand nun am 18.6.2013 bei einer Diskussionsrunde in Hamburg statt. Wir wollten hauptsächlich diskutieren, was auch Ost und West voneinander lernen können, gerade im nun bedeutenden Wahlkampf 2013. Eine gelungene Veranstaltung, die wir fortführen werden.

Uwe Tippelt

stellt und Wünsche geäußert wurden, sprachen sich die gut 80 Anwesenden für das Projekt aus.

Einer brachte es auf den Punkt: Jede Veränderung ist besser als der Ist-Zustand, und der Baubeginn wird sehnlichst erwartet.

Der ehemalige Vorsitzende des Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenvereins Berlin e.V., Dr. Manfred Schmidt, erneuerte die Forderungen aus der Senioren-BVV 2012 zur Nahversorgung insbesondere mit Frischeprodukten.

Im Spätsommer werden das Bezirksamt und die stadtentwicklungspolitischen Sprecher der BVV-Fraktionen in die Verantwortung genommen und eingeladen, sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen.

Sabine Behrens

Bjoern Tielebein: Blick ins Amt

Lange bevor Einwohnerversammlungen in das Bezirksverwaltungsgesetz aufgenommen wurden, gab es diese bereits in unserem Bezirk. Das Ziel: Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig über die Politik des Bezirksamtes informieren und Beteiligung ermöglichen. Die BVV hatte immer wieder fraktionsübergreifend festgelegt, dass diese Versammlung regelmäßig in allen Stadtteilen durchgeführt werden sollten. Auch in dieser Wahlperiode wurde ein derartiger Beschluss gefasst.

Nummehr hat das Bezirksamt die stattgefundenen Einwohnerversammlungen analysiert und festgestellt, dass durch das bisherige Konzept zu wenige Menschen erreicht werden würden. Außerdem fänden nur ca. alle zwei Jahre Versammlungen in jedem einzelnen Stadtteil statt.

Somit beschloss das Bezirksamt im Juni 2013, keine regelmäßigen Einwohnerversammlungen mehr durchzuführen. Stattdessen

sollten sich die Bezirksamtsmitglieder selbst verpflichten, „bei Bedarf“ thematische Bürgerversammlungen durchzuführen. Auch die drei bereits angekündigten Veranstaltungen in Mahlsdorf, Hellersdorf-Süd und Marzahn-NordWest sollen nicht mehr stattfinden.

Unsere Fraktion nahm dies zum Anlass, um in der BVV genauer nachzufragen. Veranstalterin der Versammlungen ist die BVV, doch diese war bei einer Neukonzeption der Einwohnerversammlungen bisher nicht einbezogen. Auch wie die benannte „Art Selbstverpflichtung“ aussehen wird und wer die Themen festlegt, wollten wir wissen. Die Antworten fielen eher dürrig aus, das neue Konzept kann auf der Internetseite der BVV

nachgelesen werden.

Eine angemessene Beteiligung der BVV zu gewährleisten und die schon geplanten Einwohnerversammlungen noch durchzuführen, forderten wir zusätzlich in einem Antrag. Außerdem sollen die Stadtteilzentren und Akteurinnen und Akteure des Bürgerhaushaltes in eine Neukonzeption einbezogen werden.



Der Saal des Freizeitforums war sehr gut gefüllt.

Foto: B. Tielebein

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in Fachausschüsse überwiesen.

Wenn es bislang nicht gelungen ist, möglichst viele Menschen zu erreichen, ist eine Neuausrichtung verständlich. Diese sollte allerdings nicht allein vom Bezirksamt festgelegt werden. Gerade auch Bezirksverordnete vertreten Bezirkspolitik vor Ort in Stadtteilen, Kiezen und Einrichtungen. Wir werden uns als LINKE dafür engagieren, dass Einwohnerversammlungen auch weiterhin zur Bürgerkommune Marzahn-Hellersdorf gehören. Dazu muss es Verlässlichkeit geben und für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Planungen.

Bjoern Tielebein

Politik mal anders

Entspannt in der herrlichen Sonne sitzend und eine Tasse Kaffee genießend, kamen Hellersdorferinnen und Hellersdorfer schnell miteinander ins Gespräch an diesem 6. Juni. Die einen waren der Einladung der Wahlkreisabgeordneten der LINKEN, Dr. Gabriele Hiller, bewusst gefolgt, die anderen kamen rein zufällig vorbei und ließen sich nicht lange bitten.

Interessiert hörten sie sich die Geschichte des Regine-Hildebrandt-Parks an, über dessen Entstehung der Stadtrat für ökologische Stadtentwicklung a.D., Dr. Heinrich Niemann, berichtete. Zufrieden meinte er, dass seine damalige Vision eines belebten Stadtparks, in dem man sich wohl fühlt und am Ende eines Arbeitstages so einfach mal ein paar Augenblicke verweilt, ganz augenscheinlich möglich ist.

Etwas später diskutierten die Anwesenden über die Sorgen und Nöte der Menschen in der Bundesrepublik, denen es heute kaum mehr gelingt, sich ein ruhiges und sicheres Dasein nach einem langen Arbeitsleben zu sichern. Die Bedingungen stimmen einfach nicht, weder die Möglichkeiten während der Zeit der Berufstätigkeit, noch die heutige Art und Weise der Berechnung der Rente. Dazu hatte die Abgeordnete kompetente Gäste eingeladen: ihre Abgeordnetenkollegin Elke Breitenbach, Sprecherin für Arbeit, Soziales, Inklusion sowie Senioren, Bernd Preußner, Mitglied der Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf, und Waltraud Pinnow von einer Hellersdorfer Gruppe der Volkssolidarität. Ein anregender Abend, fanden die Hellersdorferinnen und Hellersdorfer, als sich die Letzten, noch in warmem Sonnenschein gegen 21 Uhr verabschiedeten.

Sabine Schwarz

Aus den Siedlungsgebieten

Bezirksamt setzt den Antrag der LINKEN auf die Anmeldung einer „Nahverkehrstangente“ für den Schienenpersonenverkehr um

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich gegenüber dem Bezirksamt dafür eingesetzt, die Trasse der „Nahverkehrstangente“ auf dem Berliner Außenring für den Bundesverkehrsplan 2015 anzumelden. Dabei besteht das Ziel, einen Schienenpersonenverkehr zwischen Karower Kreuz über Springpfuhl und Grünauer Kreuz zum Flughafen BER zu ermöglichen. Beim Ausbau dieser Strecke sollen zugleich die notwendigen Haltepunkte geplant werden. Das Bezirksamt setzte den BVV-Beschluss umgehend um und der Fachbereich Tiefbau hat die notwendige Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan 2015 vorgenommen. Dem ging eine Debatte in der BVV voraus. Hier klärte der Bezirksverordnete Frank Beiersdorff (DIE LINKE) das Bezirksamt darüber auf, dass nicht nur

der Senat von Berlin, sondern auch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf eigenständig Projekte für den Verkehrswegeplan anmelden kann. Neben dem zweigleisigen Ausbau des Karower Kreuzes, der Anpassung des Abzweigs Springpfuhl sollen der Neubau des Turmbahnhofs Karower Kreuz, der Neubau des Haltepunktes Malchow, der Ausbau der Haltepunkte Hohenschönhausen, Springpfuhl sowie der Neubau der Turmbahnhöfe Biesdorfer Kreuz und Biesdorf-Süd umgesetzt werden.

Mit der Schaffung dieser Schienenstrecke würde eine effektive Verkehrsanbindung großer Teile Mecklenburg-Vorpommerns, Nord-Ost-Brandenburgs, der nördlichen und östlichen Berliner Stadtbezirke sowie Teile

Westpolens und an den Flughafen BER erfolgen. Die Nahverkehrstangente ist langfristig Bestandteil des Stadtentwicklungsplans Verkehr der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie Beschlusslage der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf. Aus unserer Sicht besitzt das Projekt eine erhöhte Dringlichkeit und würde zur Senkung der Verkehrs- und Umweltbelastungen im öffentlichen Straßenraum des Siedlungsgebietes beitragen. Mit der Anmeldung zum Bundesverkehrsplan ist jetzt ein erster Schritt dazu gemacht. Es bleibt zu hoffen und politisch zu kontrollieren, dass unsere ÖPNV-Projekt auch zeitnah akzeptiert, finanziert und umgesetzt wird.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter DIE LINKE

Rock für Links 2013 in Marzahn-Hellersdorf

17. August 2013 im Jelena-Santic-Friedenspark (U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße)

In diesem Jahr werden wir zum ersten Mal seit 2008 wieder ein „Rock für Links“ in Marzahn-Hellersdorf feiern. Begonnen hat alles 1998. Mit knapp 80 Menschen, drei Bands, die teilweise improvisierten, weil sie mit ihren Liedern noch keinen Auftritt füllen konnten, und 50 Nazis, die von der Polizei im Kessel gehalten wurden, fand in Marzahn 1998 das erste „Rock für Links“ auf dem Barnimplatz in der Nähe des S-Bahnhofs Ahrensfelde statt. Vor einigen Jahren übernahm das mittlerweile aufgelöste „Antifaschistische Bündnis Marzahn-Hellersdorf“ die Organisation des Festivals mit dem Schwerpunkt, an

diesem Tag in erster Linie ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Gleichzeitig war es ihr Ziel, mit dem Festival auf unkommerziellem Wege antifaschistische und emanzipatorische Politik zu vermitteln.

Diese Tradition setzt seit drei Jahren das „rand.gestalten“-Festival auf dem Gelände des AJZ La Casa (Wurzener Straße 6, U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße) fort. Hier stellen junge Antifaschist*innen aus dem Bezirk jährlich ein Festival auf die Beine, um die Bedeutung alternativer linker Freiräume für die Kultur im Bezirk zu verdeutlichen.

Bei hoffentlich strahlendem Sonnenschein werden wir am 17. August 2013 im Jelena-Santic-Friedenspark mit jungen, kreativen Bands und DJ*anes für gute Unterhaltung sorgen. Neben einem Kinderfest am frühen Nachmittag und politischen Informationsständen wird es ein breites Angebot geben, um selbst aktiv werden zu können. Ob beim Chillen auf der Wiese oder beim Kickern und Volleyball, neben guter Musik und Politik wird unser umsonst&draußen-Festival etwas für jede und jeden bieten.

DJ*-ZELT ab 12 Uhr:

- * Third Floor [deep house]
- * Mixmaster Mallorca [hiphop]
- * Look Empty Space [dubtechno]
- * QBS [80indieelectro]
- * Rolly Pollys Rolly Pollys [indie/indietronic/alternativerock]

KINDERFEST ab 13 Uhr:

Hüpfburgen/Kinderschminken/Clown/Puppenspiel/Märchen-Ecke

KONZERT ab 17 Uhr:

- * Herzkasper David Friedrich [skapop/reggaebeats]
- * Refpolk & Filou [rap, reggae & schmutzige wäsche]
- * 44 LENINGRAD [russian speedfolk]



Das diesjährige „Rock für Links“ wird von der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf gemeinsam mit der Partei DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf organisiert. Mit dem Festival wollen wir den Menschen in unserem Bezirk eine gesellschaftskritische Perspektive vermitteln und sie dazu animieren, sich für eine linke, emanzipatorische Politik einzusetzen.

Mission Umweltbildung - zum Scheitern verurteilt?

Verglichen mit anderen Berliner Bezirken belegt Marzahn-Hellersdorf in puncto Umweltbildung einen der hinteren Ränge, wenn nicht gar den letzten Platz. So ist unser eigentlich grüner Bezirk derjenige, welcher als einziger über keine Gartenarbeitsschule und - ausgehend von berlinweit 270 - keinen einzigen Schulgarten (mehr) verfügt. Das bestätigte ein Vertreter der Senatsverwaltung von der Außenstelle Bildung in der Juni-Sitzung des bezirklichen Ausschusses für Schule und Sport. Dabei decken die Konzepte, die hinter Schulgärten und Gartenarbeitsschulen stecken und auf eine lange Tradition zurückblicken, vielfältige unerlässliche Themenprofile ab; von artgerechter Tierhaltung und gesunder Ernährung über Biotope bis hin zu regenerativen Energien. Aber so läuft der Hase: Im Haushalt werden Prioritäten gesetzt und der Bereich Umweltbildung besetzt dort keinen Logenplatz, sondern wird stets in den hinteren Reihen platziert und immer weniger gefördert.

Zwar hat sich über das schulisch fehlende Bildungsangebot hinaus 2009 eine Initiative aus Trägern der bezirklichen Umweltbildung, das Netzwerk Umweltbildung, gegründet. Dessen Internetpräsenz wurde aber zuletzt 2010 aktualisiert. Unter den Rubriken „Aktuelles“ und „Mitmachen“ findet sich erschreckend wenig - nämlich nichts. Entsprechend unansprechend ist die Webpage für Interessent*innen und wird aller Voraussicht nach kein weiteres Mal besucht.

Auch ein Antragsvorschlag der Linksfraktion in der Juni-Sitzung des Schule-und-Sportausschusses, sich dafür einzusetzen, Schulgärten regulär in die Lehrpläne zu integrieren, wurde von der Koalition nicht unterstützt. So fehlt auch hier das Bewusstsein für diese zukunftssträchtige Thematik, schließlich sei so etwas freiwillig und könne nicht verbindlich festgelegt werden. Als Kompromiss konnte sich die Koalition auf unsere Initiative hin dazu durchringen, einen Ausschussantrag zu

beschließen, der dem Bezirksamt empfiehlt, sich mit Schulen im Bezirk über die Einrichtung von Schulgarten-Arbeitsgemeinschaften als freiwillige Unterrichtsergänzung in Verbindung zu setzen und entsprechende Flächen zur Verfügung zu stellen. Inwiefern diese Bemühungen erfolgreich sein werden, bleibt abzuwarten.

Traurig ist und bleibt, dass in Anbetracht spannungsgeladener Debatten über Energiewende, nachhaltiges Wirtschaften und effizienten Konsum bei gleichzeitig steigendem Lebensstandardanspruch nur eine Schule bundesweit das Fach Umweltlehre verbindlich von der ersten Klasse an unterrichtet: der Grüne Campus Malchow. Mit eigenem kleinen Tierhof und Holzwerkstatt kann sich dieses Konzept sehen lassen und ist nicht nur für Schulkinder einen Besuch wert.

Janine Behrens

Treffen in Wahlkreisen

» **6.8., 19 Uhr**, „Am Hultschki“, Hultschiner Damm 140, 12623 Berlin, Treffen aller im **Wahlkreis 5** wohnenden Mitglieder mit Dr. Heinrich Niemann, Eberhard Roloff (beide BVV)

» **7.8., 19 Uhr**, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Treffen aller im **Wahlkreis 2** wohnenden Mitglieder mit Dr. Manuela Schmidt (MdA), Kristian Ronneburg (BVV)

Lesung „Kommunistisches Manifest“

» **9.8., 19 Uhr**, Freizeitforum Marzahn, Marzahner Promenade 55, 12679 Berlin, **Rolf Becker** liest das „**Kommunistische Manifest**“ von Karl Marx und Friedrich Engels, Eintritt 10 €, Einlass 18.45 Uhr

Diskussionsabend

» **13.8., 19 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, öffentliche BO-Versammlung mit **Prof. Dr. Jürgen Hofmann** zum Thema „**Der 17. Juni 1953**“ - Interessierte sind herzlich eingeladen

Wahl-Forum

» **21.8., 18 Uhr**, Gemeindezentrum Marzahn-Nord, Schleusinger Straße 12, 12687 Berlin, **DGB-Forum** Marzahn-Hellersdorf zur Bundestagswahl mit 6 Direktkandidatinnen und -kandidaten im Wahlkreis 85, u.a. mit **Petra Pau**

Politische Bildung

» **24.8., 14 Uhr**, Treffpunkt: MetroTramlinie M8, Haltestelle Alt Marzahn, Allee der Kosmonauten 199, 12685 Berlin, DenkMalTour - „**Marzahn unterm Hakenkreuz**“, Referenten: Wolfgang Brauer (Vorsitzender des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf e.V.), Kristian Ronneburg, **Ablauf**: 14 Uhr Wanderung durch das Dorf Alt-Marzahn, 15 Uhr Hasse & Wrede (Georg-Knorr-Straße, S-Bhf. Marzahn), 15. 30 Uhr Parkfriedhof Marzahn, Wanderung über den Parkfriedhof Marzahn bis zum Otto-Rosenberg-Platz, Kosten: 2 €/ermäß. 1 €

„Natur vor der Haustür“ ...

» **31.8., 10 Uhr**, Führung in der KGA Am Fuchsberg in Biesdorf-Süd, Alfelder Straße, 12683 Berlin mit einem „**besonderen Kräutergarten**“ mit Gartenfachberater Dr. Rainer Sermann

Hinten links: Kroatien ...

... - seit 1. Juli jüngstes EU-Vollmitglied - ist für die meisten Deutschen nur ein wunderschönes Urlaubsland.

Weder die Massenmorde der radikalnational-faschistischen Ustascha im Bürgerkrieg, der im Schatten des 2. Weltkrieges stattfand, noch die Massaker und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den postjugoslawischen Balkankriegen sind wirklich aufgearbeitet.

Der Unabhängige Staat Kroatien (USK) mit ca. 6,2 Mio. Einwohnern umfasste im April 1941 knapp 100.000 Quadratkilometer von Kroatien, Slawonien, Syrmien, Teilen Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina - mithin den größten Teil Jugoslawiens.

Von Nord nach Süd verlief die Grenze zwischen der italienischen und der deutschen Besatzungszone. Während Hitler den USK als Verbündeten sah und nur 2.500 Wehrmachtstruppen (von gesamt 7.500 deutschem Besatzungspersonal) an drei Standorten (nicht einmal in Zagreb und Sarajewo) beließ, hatten die Italiener ca. eine Viertelmillion Mann von Karlovac bis Dubrovnik stationiert.

Als die Ustasche im Sommer 1941 ihren grauenhaften Bürgerkrieg vor allem gegen Serben, Roma und Juden entfesselten, dem insgesamt etwa 500.000 Menschen, ein Drittel davon in den Lagern, zum Opfer fielen, mussten dem die Deutschen zu Beginn machtlos zusehen, während die italienische Armee dagegen vorging und die kroatischen Milizen in den deutschen Teil abdrängte. Der Bürgerkrieg endete (vorläufig) erst 1950.

In den 1990-ern wiederholten sich Gräueltaten an oft denselben Orten!

Frage

Da auch die übrigen ex-jugoslawischen Staaten - sogar Kosovo - in die EU wollen, wie geht die multiethnische Friedens-Nobel-Preisträgerin Europäische Union mit dieser Erblast ihrer jetzigen und künftigen Mitglieder um?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **6.8., 20.8.** jeweils **19.30 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes, weitere Termine unter www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **1.8., 18 Uhr** (BO Biesdorf/Marzahn-Süd), Theater am Park, Frankenhöfer Weg 4, 12683 Berlin

» **1.8., 19.30 Uhr** (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **1.8., 19.30 Uhr** (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

Frauentreffen

» **19.8., 18 Uhr**, Veranstaltungsort bitte erfragen unter 030 5412130, alle Genossinnen und Sympathisantinnen sind herzlich eingeladen

Sprechstunden

» **8.7., 12.8.** jeweils **17 Uhr**, **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **20.8., 18.30 - 20.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdA), Nachbarschaftshaus „Kiek in“, Rosenbecker Straße 25-27, 12689 Berlin

» **4.7. und ab August** wieder **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler**, Mitglied der Linksfraktion in der BVV, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Siehe auch: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin, im Juli wegen Urlaub geschlossen, ab August wieder: Mo 16 - 18 Uhr, Di 12 - 17 Uhr, Mi 14 - 17 Uhr, Do 14 - 18 Uhr geöffnet (**nicht** am Tag der BVV: 29.8.), Telefon 030 54431890

Einwohnerversammlung

» **9.7., 18 Uhr**, Evangelische Kirchengemeinde, Glauchauer Straße 7, 12627 Berlin, **Thema**: Einrichtung einer Notunterkunft für Asylbewerberinnen und -bewerber in Hellersdorf am ehemaligen Schulstandort in der Carola-Neher-Straße

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Öffnungszeiten: Montag:13-17 Uhr, Dienstag: 10-17 Uhr, Donnerstag: 10-18 Uhr, Freitag: 10-13 Uhr (**mittwochs geschlossen**)

Achtung:

Im Zeitraum 5.7.-26.7.2013 ist nur donnerstags von 12-17 Uhr geöffnet!

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 01.07.2013. Auslieferung ab: 03.07.2013. **Druck**: Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 01.08. und 05.09.2013